

# Der Rote Kämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Einzelnummer: bis zum 1. Mai 10 Pfennig für Bevölkerungsberufe, aber besten Raum 15 Pfennig für Beamtenberufe 20 Pfennig, für die Kellermannschaften (auschließlich an den betriebspol. Zeit eines Kapitals) 30 Pfennig. Auslagen-Kondition zur Wochenzahl von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2

Belegpreise: frei dazu monatlich 250 RM (siehe im voran), durch die Post 220 RM (ohne Rückversand). "Der Rote Kämpfer" erhält über 1000 Exemplare an Eisen- und Metallwaren. In jedem höheren Gewicht besteht kein Aufschlag auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückholung des Bezugserreiches.

Sammel-Sammlung  
für Mansfeld!  
Mansfeld muß siegen!

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 18. Juli 1930

Nummer 165

# Der Reichstag ist aufgelöst!

Hörsing befiehlt: Reichsbannerparade vor dem Diktator / Go „Kämpfen“ die KPD-Führer gegen Faschismus und Artikel 48

Dresden, den 18. Juli.  
Die Reichsbannerleitung hat gestern unter dem Vorwurf Hörsings die Teilnahme an der Hindenburg-Befreiungsfeier im Rheinlande beschlossen. In der Begründung wird betont, daß das Reichsbanner ein Recht habe, den großen Erfolg der von Hindenburg, Wirth und Hermann Müller geleiteten Außenpolitik mitzufeiern. Das Reichsbanner begrüßt Hindenburg als den Reichspräsidenten, der den Befreiungskampf unterschrieben habe.

Am selben Tag also, an dem Hindenburg die Auseinandersetzung des Stahlhelmverbotes erzwungen hat, bringt Hörsing diesem Ehrenmitglied des Stahlhelms seine Orationen dar.

Um selben Tag, an dem Hindenburg die nackte Diktatur proklamiert hat, um mit dem Artikel 48 Gewalt von Millionen massenbelastenden Steuern einzutreiben, begrüßt die sozialdemokratischen Führer des Reichsbanners Hindenburg als den „Befreier Deutschlands“.

So groß ist die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter im Rheinland über den Diktator Hindenburg, daß die sozialdemokratischen Ortsvereine die Teilnahme der SPD-Arbeiter am rheinischen Befreiungsumzug absagen müssen. Die sozialdemokratischen Führer des Reichsbanners aber erklären am selben Tage, daß sie als Schutzhülle der imperialistischen Bourgeoisie für den Präsidenten der Diktaturrepublik Brüder hilden wollen.

Warum auch nicht? Besteht denn ein prinzipieller Gegensatz zwischen dem offenen Hindenburg-Hörsing-Bündnis und der „Opposition“ der KPD-Führer gegen die Hindenburg-Brüning-Diktatur des Artikels 48? Sollen wir daran erinnern, daß der Präsident der Republik, Friedrich Ebert, 138 mal den Artikel 48 gegen das Proletariat angekündigt hat? Mit dem Artikel 48 die Kommunistische Partei verbietet, die Diktatur des Generals Seest verhindern, den Einmarsch der weissgardistischen Reichswehrsoldaten nach Sachsen zu verteidigen? Warum heute also die sozialdemokratische „Opposition“ gegen den Artikel 48? Die Erklärung ist einfach.

Wenn schon Diktatur, dann unsere Diktatur!, erklärte der Parteivorsitzende der SPD auf dem Magdeburger Parteitag. Wenn schon Artikel 48 und Auflösung der Demokratie, dann durch unsere Minister! Artikel 48 nur dann, wenn wir die Staatsräte im Besitz haben, wenn wir darin nicht verlieren, wenn wir nicht außerhalb der Koalition stehen. So war es nur selbstverständlich in den letzten Tagen, daß die SPD-Führer bis zum letzten Augenblick versuchten, die Große Koalition wieder aufzurichten, Brüning's Gedankenprogramm mit wenigen Änderungen unter dem Kommando sozialdemokratischer Führer durchzuführen.

Wir fragen noch einmal, besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen Hörsings Handlung und der „Opposition“ der SPD-Führer gegen die Diktatur? In der amtlichen Begründung zum Staatsrat fordert der Artikel 48 heißt es, daß der Artikel 1 der Regierungsvorlage der Regierung die Ermächtigung zum Staatsrat erteilt habe. Dieser entscheidende Artikel 1 aber wurde am 16. Juli von allen Parteien einschließlich der SPD gegen die Kommunisten beschlossen. Der junge Machtantrag der SPD ist erst erfolgt, nachdem die SPD-Führer nach ihrem Ermeilen die Sicherheit haben, daß die Deutschnationalen dagegen stimmen werden und damit Brüning zu einer Mehrheit verhelfen.

Es zeigt nur die Wandlung der „linken“ SPD-Führer in Sachsen, daß sie zu diesen ganzen schändlichen Plänen des sozialdemokratischen Parteivorstandes nicht einmal mehr ein Wort des Scheinprotests finden. Ihre absolute und bedingungslose Einstellung auf die größte Koalition bis zur Wirtschaftspartei hat dem Oppositionsspiel ein Ende gemacht.

Wir fragen, heißt eine solche Politik nicht dem Faschismus den Weg bereiten?? Ist nicht ja es, die den faschistischen Demagogen heute in ihrer Presse die Möglichkeit gibt, vom „Verrat des Marxismus“ zu sprechen, obwohl diese selben faschistischen Betrüger im Reichstag gegen Brüning stimmen, in Thüringen mit denselben Diktaturparteien gemeinsame Sache machen und in Sachsen ebenfalls dazu bereit sind.

Ist es nicht Vorbereitung des Faschismus, wenn jetzt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in Berlin dem Gehaltsabbau der Angestellten in der Berliner

Berlin, den 18. Juli.

Brüning und Hindenburg haben den Reichstag nach Hause geschickt, um sich in ihren Maßnahmen zur Ausplunderung und Ausbeutung der werktätigen Massen nicht durch den Reichstag stören zu lassen. Die Diktatur des Finanzkapitals soll errichtet werden, die Kommunistische Partei wird im kommenden Wahlkampf die werktätigen Massen mobilisieren für die Lösung: Diktatur des Proletariats gegen Bourgeoisie.

## Lohnräuber von Mansfeld!

Reformistische Bürokratie für 9½-prozentige Lohnkürzung und Millionenabventionen für die Mansfeld-U. AG. — Verstärkt die Solidaritätsaktion für die Mansfeld-Kumpels!

Halle, den 18. Juli.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat mit der Mansfeld-U. AG eine Lohnkürzung von 9½ Prozent vereinbart und verhandelt jetzt noch um den Zeitpunkt der Arbeitswiederaufnahme. Mit dieser Heraushebung der Löhne und der Gehälter sind die Aktionäre der Mansfeld-U. AG aber nicht zufrieden. Sie fordern ebenfalls noch eine halbe Million monatlichen Zuschuß vom Reich. Bis zum 31. Dezember 1930 soll dieser Zuschuß bereits gewährt werden. Die Mansfeld-U. AG macht durch diesen Vertrag der DNB-Führer ein geradezu glänzendes Geschäft: 9½ Prozent Lohnabbau und 6 Millionen Staatszuschüsse aus den Taschen der Steuerzahler.

Heute abend geht das Dresdner Proletariat in die große Solidaritätskundgebung für Mansfeld im „Milchgarten“, Dresden-Friedrichstadt.

## Überfüllte Kundgebung für den Bolschewismus

Naziführer Killinger feige Gelüste — hat aber nicht hindern können, daß zahlreiche Anhänger der NSDAP erschienen

Dresden, den 18. Juli.

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Faschismus gestaltete sich die gestern abend von der KPD einberufene, überfüllte Versammlung im Reglerheim. Genosse Renner hielt das Referat über „Bolschewismus oder Faschismus?“. Glänzend zeigte er auf und stellte unter nicht enden wollendem Beifall der Erschienenen unter Beweis, daß der Nationalsozialismus einer zunehmenden Massenverelendungspolitik des Finanzkapitals in die Hände arbeitet und dessen blutiges Werkzeug ist.

Trotz zugezogter Redefreiheit und Garantie für die persönliche Sicherheit des Naziführers waren sie, obwohl Killinger grobzig zugejagt hatte, nicht erschienen. In seinem Schlusswort konnte Genosse Renner mitteilen, daß ein anwesender Stahlhelmmann seinen Übertritt zur KPD und ein nationalsozialistischer Arbeiter seinen Eintritt in die KPD erklärt hatten.

Da der Saal bei weitem nicht alle Erschienenen fassen konnte, sprach Genosse Herrmann, Leipzig, im kleinen Saal des Reglerheims in einer Parallelversammlung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 17. Juli im Reglerheim in einer überfüllten Versammlung Unwels nehmen mit Entrüstung von dem neuen Vertrag an den proletarischen politischen Gefangen. Die sozialdemokratischen Führer verhinderten, daß die revolutionären Arbeiter die Justizhäuser verlassen. Während keiner oder auch ohne Amnestie freigelassen werden, sollen die proletarischen politischen Gefangen in den Kerken verbleiben.

Die Versammelten geloben daher, alle Kräfte einzuziehen, um gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe den Kampf für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangen zu führen.

Die geistige Kundgebung war Zeuge, daß die KPD nicht nur die einzige führende Kraft in der Niederkirzung des Faschismus ist, sondern daß die werktätigen Massen auch begeistert hinter der KPD stehen. Zahlreiche SPD-Arbeiter und Mitstreiter waren anwesend. Sie werden mit den kommunistischen Arbeitern gemeinsam kämpfen. Unsere Offensive gegen den Faschismus ist in vollem Gange. Der Sieg wird auf unserer Seite sein!

(Über die Ausführungen des Genossen Renner berichten wir morgen.)

## Heraus zur Abschiedskundgebung

der zum 2. Welttreffen nach Berlin fahrenden Arbeiterkinder Dresdens und der Mongolenkinder-Delegation morgen Sonnabend, 19. Juli, 20 Uhr, im Orpheum, Dresden-Neustadt, Kamenzer Straße